

Links-Rechts



Aufbruch zum Doppelstab

Von Philipp Schoch

Ist da eine zarte Aufbruchstimmung in der Region und im Kanton Baselland zu spüren? Eine zarte Blume macht noch keinen Frühling, aber ich bin positiv gestimmt, was die regionale Zukunft angeht. Nachdem die Honorarwirren aufgedeckt sind und bereinigt werden, kann neu begonnen werden. Neulich bin ich auf der fast autoleeren Rheinstrasse mit dem Velo gefahren – ja das kann man nun und sogar ohne grösseres Sicherheitsrisiko. Ich war begeistert von diesem Gefühl, dieser Ruhe, diesem Raum ... Für Frenkendorf und Füllinsdorf sind die Jahrzehnte Vergangenheit, als Tausende von Autos an ihren Häusern vorbeibrausten und die beiden Dörfer praktisch unüberwindbar trennten. Die Möglichkeiten, die sich oberirdisch ergeben, sind der eigentliche Gewinn der A22. Ich bin fast versöhnt mit dem teuren Tunnel. Das Happy End für das Ergolzthal ist greifbar.

Nun ist es Zeit, für beide Gemeinden und den Kanton diese Chance zu nutzen: Die arg in Mitleidenschaft geratene Rheinstrasse muss saniert werden und somit kann auch gleich der neue Raum für die besseren Beziehungen zwischen den beiden Ortschaften genutzt werden. So werden die guten Nachbarn weiter zusammenwachsen und, wenn das funktioniert, können sie grad noch fusionieren zu einer politischen Gemeinde. Vielleicht ist das der erste Schritt zur Ergolzstadt. Was auf lokaler Ebene gelingt, ist Vorbild für die ganze Region. Kleinere Dörfer schliessen sich zu grösseren, stärkeren Einheiten zusammen. Und die Bas-

Kleine Dörfer schliessen sich zu grösseren Einheiten zusammen. Und auch beide Basel.

ler Halbkantone tun dies dann auch. Aufbruch, Entwicklung und Visionen: Das brauchen wir als Region. Und keine pathetisch trüben Liedlein, wie das von den Fusionsgegnern als Hymne der Unabhängigkeit gedichtete Rotstabled: «Und schlot denn au mir mol my letschti Stund ... syg so guet, leg mer in my chalti Hand der Rotstab vo Lieschtel und vo Baselland.»

Ich bin beeindruckt von diesem Sammelurium von Nichtargumenten gegen die Fusion der beiden Basel. Liegt es an den fehlenden stichhaltigen Punkten, dass man auf dumpfen Lokalpatriotismus ausweicht? Wenn sich die Argumente der Gegner ganz aufs Heimatgefühl beschränken, wie in diesem Lied besungen, wird es heiter im Abstimmungskampf um eine starke Region Basel. Die schlechte Alternative zur Fusion ist bekannt: Wir machen weiter mit dem kostspieligen Isolationskurs des unsäglichen Kantönliges und schwächen damit die ganze Region nachhaltig. Tragen müssen die Kosten die Steuerzahlenden, ohne einen effektiven Mehrwert als Baselbieter zu erhalten. Übrigens dürfen in einem vereinten Basel weiterhin Heimatlieder gedichtet werden und Sterbende dürfen in der Hand halten, was auch immer sie möchten. Für den nächsten originellen Song mache ich einen Vorschlag: Z Lieschtel an minere Ergolz ... Brechen wir gemeinsam auf als selbstbewusste Einwohner der Region Basel. Auf zum Doppelstab!

Philipp Schoch (40, Pratteln) ist Landrat der Grünen. Die Haltung des Autors muss nicht mit der Meinung der Redaktion identisch sein. Nächste Woche: Balz Stückelberger (FDP).

Fusionsgegner sind sich nicht einig

Der Landrat erklärt die Initiative mit klarer Mehrheit für rechtsgültig

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Entscheid, die Fusionsinitiative für rechtsgültig zu erklären, fiel im Landrat mit 60 zu 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die SVP-Fraktion stimmte fast geschlossen dagegen, die FDP mehrheitlich. Die vorausgegangene Debatte wurde hauptsächlich in den Reihen der Fusionsgegner geführt. Die Fusionsbefürworter hielten lediglich fest, dass «den Stimmberechtigten die Meinungsäusserung nicht vorenthalten werden kann» (Regula Meschberger, SP, Birsfelden) oder «jede Generation sich einmal zur Fusionsfrage äussern darf» (Sara Fritz, EVP, Birsfelden).

Die Wortführer bei den Fusionsgegnern waren Oskar Kämpfer (SVP, Therwil) und Siro Imber (FDP, Allschwil), beide Mitglieder im Komitee Pro Baselbiet. Sie stritten darüber, ob die Rechtswidrigkeit der Initiative nun umstritten oder offensichtlich sei. Dabei ging es im Wesentlichen darum, ob die Initiative die in der Bundesverfassung verankerte Rechtsgleichheit verletze oder nicht. Imber und Kämpfer bemängelten, dass der paritätisch zusammengesetzte Verfassungsrat auch als Gesetzgeber eingesetzt werde, obwohl er nicht repräsentativ für die Bevölkerung zusam-

mengesetzt sei. «Das Volk wird umgangen», hielt Imber fest, die Stimme eines Riehegers habe mehr Gewicht als die Stimme eines Allschwilers. Imber meinte, es sei unsicher, wie das Bundesgericht die Frage beurteilen würde. Deshalb könne nicht von einem offensichtlich rechtswidrigen Inhalt der Initiative gesprochen werden. Die Initiative sei deshalb für gültig zu erklären.

Nur ein Kurzgutachten

Kämpfer hingegen meinte klipp und klar: «Wir verstossen mit der Initiative gegen Bundesrecht.» Die politischen Rechte in der Schweiz basierten bei jedem Gesetzgebungsprozess auf dem Prinzip der Gleichheit aller Stimmen. Deshalb würden mit dem in der Initiative vorgesehenen Gesetzgebungsprozess die Artikel 2 und 34 der Bundesverfassung verletzt. Es sei unverständlich, dass dazu nur ein einziges Gutachten eingeholt wurde, sagte Kämpfer. Dieses trage den Titel «Kurzgutachten». SVP-Fraktionschef Dominik Straumann (Muttenz) sagte, es gebe genügend Rechtsexperten, die den von der Initiative vorgegebenen Gesetzgebungsprozess für nicht verfassungskonform hielten.

Regierungsrat Isaac Reber verteidigte das Gutachten, das vom Frei-



Landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Alle Fraktionen wollen die Bäche revitalisieren

Grosse Mehrheit für Gegenvorschlag zu Pro-Natura-Initiative

Von Daniel Ballmer

Liestal. Und plötzlich hatten sich alle wieder lieb. Das hat schon ganz anders getönt. Denn ursprünglich hatte sich die Baselbieter Regierung dezidiert gegen die Initiative «Bäche ans Licht» von Pro Natura gestellt. Auch von einem Gegenvorschlag zum Volksbegehren, das eine Korrektur des Wasserbaugesetzes und eine aktivere Rolle des Kantons bei Bachausdolungen forderte, wollte sie nichts wissen. Da aber machte die Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) nicht mit. Gegen den Willen der Exekutive stiess sie einen Gegenvorschlag an.

Mit der erarbeiteten Lösung zeigten sich gestern alle Fraktionen äusserst zufrieden. Auch Baudirektorin Sabine Pegoraro (FDP) sprach von einem konstruktiven Prozess und einem geglätteten Kompromiss. SP-Landrätin und Pro-Na-

tura-Präsidentin Mirjam Würth zeigte sich «froh, dass es so rausgekommen ist». Der Umweltverband hat bereits angekündigt, dass er seine Initiative zurückziehen will, wenn im Landrat in zweiter Lesung eine Vier-Fünftel-Mehrheit erreicht wird, womit ein Urnengang unnötig würde.

Einzig Bedenken der SVP

Mit der Ausdolung von Bächen werde wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen geschaffen, sagt Elisabeth Augstburger (EVP). Auch der Hochwasserschutz werde erhöht. Bedenken hatte einzig die SVP, die sich aber ebenfalls zu dem Kompromiss durchgerungen hatte.

Bäche sollten aber nur dort revitalisiert werden, wo es auch tatsächlich sinnvoll sei. «Mir ist dabei etwas unwohl», erklärte SVP-Bauer Hansruedi Wirz, der vor allem Einschränkungen für die Landwirtschaft befürchtet.

Doch noch Geld fürs «Roxy»

Kredit für vier Jahre genehmigt

Liestal. Das Theater Roxy erhält jetzt doch noch Geld: Der Landrat hat gestern den Verpflichtungskredit von 2,2 Millionen Franken für die Subventionierung des Theaters Roxy während den Jahren 2014 bis 2017 mit 60 zu zwei Stimmen bei elf Enthaltungen genehmigt. Die Birsfelder Kulturinstitution ist seit Anfang Jahr nicht mehr zahlungsfähig, weil die Behandlung der Vorlage in Regierung und Parlament zu viel Zeit beanspruchte.

Die Weiterführung der Subvention war im Parlament kaum bestritten. Georges Thüning (SVP, Grellingen) nannte das Theater Roxy gar eine Baselbieter Vorzeige-Kulturinstitution. Es sei wichtig, dass der Kanton die Kultur auf dem Boden des Baselbiets unterstütze. Sven Inäbnit (FDP, Binningen) ergänzte dazu: «Man staune, sogar die Stadt zahlt an das «Roxy» in Birsfelden.»

Inäbnit kritisierte jedoch die Bildungs-, Kultur und Sportdirektion, die das «Flaggschiff der Baselbieter Kultur» mit der verspäteten Verabschiedung der Kreditvorlage unwürdig behandelt habe. «Das wäre nicht nötig gewesen.» Eingbracht habe die Verspätung dem Kanton nur negative Schlagzeilen.

Regierungsrat Urs Wüthrich räumte das Versäumnis ein und entschuldigte sich für die Verspätung. td

Landrat einhellig für die Baselbieter Parkkarte

Gewerbe wird in beiden Basel parkieren können

Von Thomas Dähler

Liestal. Die Einführung einer Baselbieter Parkkarte für das Gewerbe und die damit verbundenen Änderungen im Strassengesetz und in der Verfassung blieben gestern im Landrat in erster Lesung unbestritten. Ausgelöst worden war die Diskussion um die Parkkarte durch den Alleingang der basel-städtischen Regierung in dieser Angelegenheit. Die Abschaffung der Gratisparkplätze in der Stadt und in der Folge in den angrenzenden Gemeinden hatte dazu geführt, dass Gewerbetreibende sich mit einem erheblichen Zusatzaufwand konfrontiert sehen. Eine kantonale Gewerbeparkkarte soll das Parkieren nun erleichtern. Erarbeitet wurden die Parameter der zukünftigen Regelung von einer bikantonalen Arbeitsgruppe.

Einvernehmliche Lösung

«Was lange währt, wird endlich gut», meinte dazu Landrat und Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser (FDP, Füllinsdorf). Glücklicherweise sei Baudirektorin Sabine Pegoraro hartnäckig geblieben. Bis zu einer einvernehmlichen Lösung habe es immerhin vier Jahre gedauert. Hinter der



«Verstösst gegen Bundesrecht». SVP-Präsident Oskar Kämpfer. Foto H. Muchenberger

burger Professor Bernhard Waldmann verfasst wurde. Waldmann sei ein unabhängiger Gutachter. Die Initiative verstosse nicht gegen die Gleichheit des Wahlrechts.

Kritik an der Regierung

Sowohl Imber als auch Kämpfer kritisierten indes auch die Regierung, obwohl diese die Initiative ablehnt. Die Regierung gehe materiell nicht auf die

Zusammensetzung des Verfassungsrats ein. Imber: «Man kann diese Frage nicht auf später verschieben.» Kämpfer: «Man kann doch nicht einfach mit einem Nebensatz über diese wichtige Frage hinweggehen.»

Das rief die Fusionsbefürworter auf den Plan. Wenn die Stimmbürger die Verfassungsinitiative annähmen, legiti- mierten sie damit auch das Fusionsverfahren, sagte Meschberger.

Runder Tisch mit Waldnutzern soll eine Lösung finden

Parlament will Wanderwege nicht generell für Biker freigeben

Von Daniel Ballmer

Liestal. «Wir wollen keine Verbotsmentalität», versicherte Regierungsrat Thomas Weber (SVP). Doch auch im Wald brauche es gewisse Regeln. Das Baselbieter Kantonsparlament folgte der Regierung und möchte Wanderwege im Wald nicht generell für Mountainbiker freigeben. Vielmehr soll ein Runder Tisch mit Vertretern aller beteiligten Waldnutzer eingesetzt werden, um eine Lösung für die Interessenkonflikte zu finden.

Mit einer Petition hatte Swiss Cycling, der Schweizer Radfahrer-Bund, ein Waldnutzungs-konzept und damit mittelfristig auch den freien Zugang für Biker zu öffentlichen Wegen und Pfaden gefordert. Heute ist Biken im Kanton Baselland nur auf befestigten Waldstrassen erlaubt. «Es sollte doch möglich sein, dass die verschiedenen Waldnutzer aufeinan-

der Rücksicht nehmen und für Biken nur dort ein Verbot ausgesprochen wird, wo es auch wirklich sinnvoll ist», meinte FDP-Landrat Balz Stückelberger.

Die Waldeigentümer würden immer mehr entmündigt, hielt Peter Brodbeck (SVP) dagegen. Es gemeinsam nach Lösungen zu suchen. «Und die Waldbesitzer haben da ein Wörtchen mitzureden.» Klar sei, dass es nicht eine flächendeckende Lösung für das gesamte Kantonsgebiet geben könne, hielt eine Mehrheit fest. «Die Ausgangslage ist im Allschwilerwald schliesslich ganz anders als etwa beim Tschoppenhof», nannte SP-Landrat Hannes Schweizer ein Beispiel. «Die Frequenzen sind in Allschwil viel höher und damit ist auch das Problem grösser.» Das findet auch Regierungsrat Weber, der versprach, das Thema nun voranzutreiben, um noch in diesem Jahr «einen wesentlichen Schritt» weiterzukommen.

SP gegen Austritt aus Harmos

Reformen würden Zeit brauchen

Liestal. Die Baselbieter SP vermisst in der Diskussion über das Harmos-Konkordat und den Lehrplan 21 die Gelassenheit und Geduld. Dies schrieb die Partei gestern in einem Communiqué. «Reformen brauchen Zeit», meinen die Sozialdemokraten und weiter: «Eine vertiefte sachliche Auseinandersetzung weicht mehr und mehr dem Schüren von Emotionen.»

Die interkantonale Harmonisierung der Schulen und der gemeinsame Lehrplan 21 sorgten in den vergangenen Monaten immer wieder für Kritik aus den verschiedensten Lagern. Zuletzt wurde bekannt, dass eine Initiative für den Austritt aus dem Harmos-Konkordat angedacht ist. «Das würde heissen, sich wieder zurück auf Feld 1 zu stellen», so die SP. Und dann würde der Bund die Aufgabe übernehmen. hys

ANZEIGE

Höchst Notwendige
SVP-Verfassungs-Initiative JA
Es geht um 2 Grundsätze*
1. Zuwanderung wieder steuern.
2. Kontingente. (Flexibel: Stellen/Asyl).
*Details via Parlament zu regeln
www.emil-rahm.ch, PF, 8215 Hallau